Die politische Lage in Deutschland

20 Jahre Deutsche Einheit

Wir können stolz auf das Erreichte sein

Am 3. Oktober 2010 blicken wir auf zwei Jahrzehnte Wiedervereinigung zurück. Der Deutsche Bundestag wird den Jahrestag der Vollendung der staatlichen Einheit mit einer Feier auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude begehen, an der die damaligen und heutigen Vertreter der Verfassungsorgane und Mitgestalter der Deutschen Einheit teilnehmen. Besonders freut uns, dass auch Helmut Kohl – der Kanzler der Einheit – mit uns feiern wird. Die Menschen in ganz Deutschland können stolz auf das sein, was seit der friedlichen Revolution und Wiedervereinigung ideell und materiell gemeinsam erreicht wurde. Nach 20 Jahren ist es den Menschen in Ostdeutschland mit aktiver Unterstützung von Bund, Ländern und EU gelungen, die wirtschaftlichen Grundlagen für Wohlstand und wettbewerbsfähige Arbeit eindrucksvoll zu erneuern. Ostdeutschland hat seinen Standort gut entwickelt. Diese Entwicklung wurde auch durch die große finanzielle Leistung aller Deutschen erreicht. Der Prozess des Zusammenwachsens zwischen Ost und West ist auch gesellschaftlich weit vorangeschritten. Die junge Generation, die nach der Wiedervereinigung geboren wurde, denkt nicht mehr in den Kategorien West und Ost. Gemeinsam gilt es nun, den demographischen Wandel, der für Ostdeutschland eine besondere Herausforderung darstellt, zu gestalten.

Dazu zählt insbesondere die Neugestaltung der Regelleistung nach SGB-II, die der Koalitionsausschuss am vergangenen Wochenende vorgelegt hat. Mit der von unserer Bundesministerin Ursula von der Leyen erarbeiteten Neubemessung liegen nunmehr transparent und nachvollziehbar berechnete Hartz-IV-Sätze – auch für Kinder und Jugendliche – vor. Nur dazu, und nicht etwa zu einer Erhöhung der Regelleistung, hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 verpflichtet. Im Ergebnis bleiben die Hartz-IV-Regelsätze stabil – sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Kindern. Die neue Regelleistung für alleinstehende und alleinerziehende Erwachsene wird künftig 364 Euro betragen. Das ist eine Steigerung um fünf Euro. Obwohl die Regelleistung für Kinder und Jugendliche den neuen Berechnungen zufolge hätte sinken müssen, werden wir diese Sätze nicht verringern. Wir wollen dagegen mehr in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug investieren. Zentraler Bestandteil unserer Neuregelung ist deshalb ein Bildungspaket in Höhe von 620 Mio. Euro pro Jahr. Durch dieses Bildungspaket erhält jedes Kind Zugang zu einem Verein in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, zu Ferienfreizeiten und außerschulischer Bildung. Dazu ist ein Jahresbeitrag von bis zu 120 Euro (Budget monatlich zehn Euro), Schulmaterial im Gegenwert von 100 Euro je Schuljahr (70 Euro zu Schuljahresbeginn, 30 Euro zum Schulhalbjahr) und einen Zuschuss zu Schul- und Kitaausflügen von 30 Euro im Jahr vorgesehen. Kinder und Jugendliche, die am Kita- oder Schulmittagessen teilnehmen, erhalten einen Zuschuss von ca. zwei Euro pro Mittagessen. Kinder mit objektiven Schulproblemen, erhalten ergänzend zu den schulischen Angeboten soweit erforderlich eine angemessene Lernförderung. Die Notwendigkeit von Sozialtransfers als Akt der Solidarität stellen wir grundsätzlich nicht in Frage. Ziel des solidarischen Handelns darf aber nicht dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Vielmehr geht es uns als Union darum, dem in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. So stellen wir uns Gerechtigkeit vor – auch und gerade gegenüber denjenigen, die mit harter Arbeit ein geringes Einkommen aus eigener Anstrengung erwirtschaften. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wollen wir Hartz IV nicht möglichst bequem ausgestalten, sondern die Menschen aus Hartz IV herausholen. Das gebietet uns nicht zuletzt unser christliches Menschenbild, dem wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in unserem politischen Handeln verpflichtet sind.

Diskussionen um das „C" in unserem Parteinamen sind für uns daher keine bloßen Rituale. Auch außerhalb von Grundsatzprogrammdebatten und Bundesparteitagen sind sie vielmehr dringend notwendig, um unseren politischen Kurs im parlamentarischen Alltag regelmäßig an den Werten des christlichen Menschenbildes auszurichten. Nur auf diese Weise können wir dem Anspruch gerecht werden, Politik aus dem christlichen Glauben heraus zu gestalten. In einer Reihe von Veranstaltungen wollen wir deshalb in einem intensiven Dialog mit den Repräsentanten der Kirchen der Frage nachgehen, welche praktische Entfaltung das christliche Menschenbild im Hinblick auf aktuelle politische Themen erfahren und wie damit das „C" in konkrete politische Entscheidungen übersetzt werden kann. Den Auftakt der Veranstaltungsreihe markierte zu Wochenbeginn ein Kongress, in dessen Rahmen wir gemeinsam mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, und dem amtierenden Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, über das Spannungsfeld Religion, Kirche und Politik diskutiert haben. Zu der Tagung waren knapp 700 Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin gereist. Weitere Veranstaltungen werden sich den Themenfeldern Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bewahrung der Schöpfung, wertegeleitete Außenpolitik und Lebensschutz widmen.

Die Woche im Parlament

Deutschland hat eines der leistungsfähigsten Gesundheitswesen weltweit. Damit dies so bleibt, muss das deutsche Gesundheitssystem insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige und sozial ausgewogene Finanzierung weiterentwickelt werden. Deshalb haben wir in dieser Woche in erster Lesung das **Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens** beraten, welches einen Beitrag dazu leistet, die strukturellen Probleme des heutigen Finanzierungssystems zu beheben.

Das in 1. Lesung zur Beratung anstehende **Haushaltsbegleitgesetz 2011** enthält – parallel zum Haushaltsentwurf 2011 – die wesentlichen Maßnahmen des von der christlich-liberalen Koalition in ihrer Kabinettklausur am 6./7. Juni 2010 beschlossenen „Zukunftspakets". Die enthaltenen Maßnahmen erreichen ein Einsparvolumen für den Bundeshaushalt von rund 20 Mrd. Euro für die Jahre 2011 bis 2014. Zusammen mit den bereits im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 berücksichtigten Maßnahmen wird damit das von Union und FDP verabredete Einsparvolumen von 80 Mrd. Euro bis zum Jahr 2014 erreicht. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen werden alle Maßnahmen überprüft. Fest steht, dass das angestrebte Einsparvolumen vollständig erbracht werden muss.

Ebenfalls in 1. Lesung haben wir das **Energiekonzept der Bundesregierung** beraten, das eine bis in das Jahr 2050 reichende energiepolitische Gesamtstrategie zur Sicherstellung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung darstellt. Mit dem Konzept soll das Energiesystem der Zukunft so gestaltet werden, dass Deutschland bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen und hohem Wohlstandsniveau eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt wird. Erstmalig wird der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien konkret beschrieben.

Mit dem **Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010** hat die Bundesregierung eine Bilanz der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung gezogen. Der Bericht zeigt die Erfolgsgeschichte der letzten zwanzig Jahre, stellt aber auch die noch vor uns liegenden Herausforderungen dar, die auf dem Weg hin zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West zu bewältigen sind.

In 1. Lesung wir das **Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz)** beraten. Damit führen wir dem eine risikoangepasste Bankenabgabe und eine Insolvenzordnung für Kreditinstitute ein. Die Bankenabgabe dient der Errichtung eines Stabilitäts-Fonds zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen, damit der Finanzsektor bei zukünftigen Krisen selbst gewappnet ist und reagieren kann.

Anlässlich des 20jährigen Bestehens des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) debattierten wir in dieser Woche die **Bilanz und Zukunftsperspektiven der wissenschaftlichen Politikberatung „Technikfolgenabschätzung"**. Das von einer externen Forschungseinrichtung betriebene TAB ist eine wichtige Unterstützung für politische Entscheidungen.

Die vielfältigen Kulturlandschaften sind ein wichtiger Beitrag zur touristischen Attraktivität unseres Landes. Sie sind das Ergebnis der seit Jahrhunderten durchgeführten Landbewirtschaftung. Viele dieser Landschaften und ihre nachhaltige Bewirtschaftung durch Landwirte sind gefährdet. Mit unserem Antrag **Tourismus und Landschaftspflege verknüpfen – Gemeinsam die Entwicklung ländlicher Räume stärken** fordern wir die Bundesregierung auf, die attraktive Vielfalt unserer Kulturlandschaften zu sichern. Dafür sollen das nationale Naturerbe, Naturschutzgroßprojekte des Bundes, die nationalen Natur- und Kulturlandschaften sowie das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt" weiter unterstützt werden.

Daten und Fakten

Ältere arbeiten deutlich länger als noch vor einem Jahrzehnt: Die Beschäftigungssituation von älteren Menschen in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren nachhaltig verbessert. 2009 waren 38,7 Prozent der Personen zwischen 60 und 64 Jahren erwerbstätig, das sind fast doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl derer, die aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand gingen von 28 Prozent im Jahr 1998 auf 23 Prozent im Jahr 2008. Auch die Arbeitslosenquoten von Älteren liegen nur noch leicht über, zum Teil gar unter dem Gesamtdurchschnitt.

*(**Quelle:** Statistisches Bundesamt)*

Aufschwung kommt bei den Bürgern an: Im 2. Quartal 2010 sind die Reallöhne verglichen zum Vorjahr um durchschnittlich 2,3 Prozent gestiegen. Damit wurde der höchste Anstieg seit Beginn der Berechnungen des Index im Jahr 2007 verzeichnet. Zurückzuführen ist dies sowohl auf eine positive Verdienstentwicklung, als auch auf den Rückgang der Kurzarbeit. Die nominale Verdienstentwicklung unterschied sich in den einzelnen Branchen allerdings deutlich. So sank beispielsweise der Bruttomonatsverdienst im Bereich Verkehr und Lagerei um 0,4 Prozent und stieg im Wirtschaftszweig Finanz- und Versicherungsdienstleistungen um 7,4 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die Verdienste durch den beachtlichen Rückgang der Kurzarbeit um 5,7 Prozent.

*(**Quelle:** Statistisches Bundesamt)*

Fachkräftemangel: Nach einer Berechnung des Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommt der Fachkräftemangel in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) Deutschland teuer zu stehen. Im Jahr 2009 betrug der Wertschöpfungsverlust allein im Ingenieursegment rund 3,4 Mrd. Euro. Denn durch unbesetzte Arbeitsplätze verzögern sich Fertigungsprozesse und die Entwicklung neuer Produkte kommt schleppend voran. Außerdem können Aufträge verloren gehen und möglicherweise verlagern Unternehmen Sparten, die vom Fachkräftemangel betroffen sind, ins Ausland. Nach Schätzung des IW fehlten im März 2010 in Deutschland mindestens 51.900 MINT-Absolventen. Das waren rund 20 Prozent mehr als noch im Februar – denn im Aufschwung suchen die Unternehmen verstärkt nach qualifizierten Arbeitskräften. Im Jahr 2008 verließen knapp 86.000 Studenten mit einem MINT-Erstabschluss die deutschen Universitäten und Hochschulen. Dies entsprach etwa einem Drittel aller Erstabsolventen. Um die Nachfrage zu decken, müssten nach Berechnung des IW mindestens 40 Prozent aller Hochschulabgänger über einen MINT-Abschluss verfügen.

*(**Quelle:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln)*

Landesgruppe Niedersachsen
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:
Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de